



Inhalt

[Flüchtlinge: dbb Chef fordert bessere europäische Zusammenarbeit und mehr Personal für die befassten Behörden+++](#)

[Präventionsgesetz: Endlich angemessene Berücksichtigung der Gesundheitsvorsorge+++](#)

[„Die Unverzichtbaren“: dbb startet 2. Staffel der Nachwuchskampagne für den öffentlichen Dienst+++](#)

[dbb Chef: Polizei braucht verlässliche Beschäftigungsbedingungen+++](#)

[Bis zu mehrere Tausend Euro Unterschied bei Jahresbrutto:](#)

[Kritik an bundesweiter Besoldungsdrift+++](#)

[Bündnis für Koalitionsfreiheit: Symposium Tarifeinheit](#)

[dbb Chef: Freie Gewerkschaften werden sich keinem staatlichen Einheitszwang unterwerfen+++](#)

[Hessen hält Anschluss: Durchschnittlich 4,87 Prozent Plus+++](#)

[Sozial- und Erziehungsdienst: Auch fünfte Verhandlungsrunde ergebnislos – Urabstimmung wird empfohlen+++](#)

[Girls' Day: Mehr weibliche Fachkräfte in technischen Berufen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBB: Bayern setzt bei Besoldung bundesweit Maßstäbe+++](#)

[Helmut Liebermann als Vorsitzender des tbb wiedergewählt+++](#)

[BBW verärgert: Land verschiebt für Großteil der Beamten erneut](#)

[Anhebung der Gehälter+++](#)

[dbb schleswig-holstein zu Besoldungsplänen der Landesregierung:](#)

[Nicht sachgerecht+++](#)

[dbb saar fordert Übernahme des Tarifergebnisses+++](#)

[dbb bremen stimmt Kompromiss zur Beamtenbesoldung zu+++](#)

[DPoIG-Bundeskongress: Rainer Wendt erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt+++](#)

[Flüchtlingsströme: VBOB fordert Personalaufstockung im Bundesamt für Migration+++](#)

[DSTG-Vorsitzender im Dialog mit CDA-Bundesvize+++](#)

[GDL bestreikt Personen- und Güterverkehr der Deutschen Bahn+++](#)

[Weitere Warnstreiks bei der Deutschen Post+++](#)

[BLBS für „Stopp des Akademisierungswahns“+++](#)

[Realschulen für Deckung des Fachkräftebedarfs unverzichtbar+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Flüchtlinge: dbb Chef fordert bessere europäische Zusammenarbeit und mehr Personal für die befassen Behörden

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt setzt sich für eine bessere europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik ein. „Es ist schlimm, dass unsere Handlungsfähigkeit auf so tragische Weise in Frage gestellt wird“, sagte der dbb Chef am 23. April 2015 in Berlin mit Blick auf das massenhafte Sterben illegaler Einwanderer im Mittelmeer. Er befürchtet weitere humanitäre Katastrophen, wenn die EU-Mitgliedstaaten sich nicht auf eine entschlossene gemeinsame Politik einigen.

Mehr europäische Zusammenarbeit in der Asyl- und Einwanderungspolitik sei unverzichtbar. Dauderstädt sieht zudem die nationalen Behörden an der Grenze der Belastbarkeit. „Personelle und materielle Ressourcen müssen den neuen Realitäten angepasst werden.“

Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten dürften von der Politik nicht alleingelassen werden. „Die Personal- und Mittelausstattung der zuständigen Behörden ist angesichts der hohen Flüchtlingszahlen nicht ausreichend. Das gilt nicht nur für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, sondern beispielsweise auch für kommunale Dienste, Schulen oder die Polizei, die die Sicherheit der schutzsuchenden Menschen gewährleisten muss.“ Mehr Unterstützung für die Mitarbeiter dieser öffentlichen Dienste sei dringend erforderlich. „Wir brauchen mehr Ressourcen für die Frage, wie wir Flüchtlingsschutz menschwürdig sicherstellen

und Ängste in der Bevölkerung abbauen können.“ Bei alledem könnten einheitliche europäische Regeln und Mindeststandards helfen.

Dauderstädt forderte eine bessere europäische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. „Sonst ereignen sich weitere humanitäre Katastrophen, die es unbedingt zu vermeiden gilt.“ Die aktuellen Probleme könnten nur durch mehr europäische Zusammenarbeit gelöst werden. Europa brauche auch eine koordinierte Einwanderungspolitik. „Die Alterung unserer Gesellschaften, die unterschiedliche Situation auf den Arbeitsmärkten und weiter steigende Flüchtlingszahlen legen gemeinsame Antworten nahe. Die Zahl der Flüchtlinge wird voraussichtlich weiter zunehmen, und sie werden nicht nur über das Mittelmeer zu uns kommen“, so Dauderstädt mit Blick auf die Ukraine-Krise.

(01/14/15)

Präventionsgesetz: Endlich angemessene Berücksichtigung der Gesundheitsvorsorge

(dbb) „Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf trägt die Politik nach mehreren Anläufen nun endlich der Bedeutung der gesundheitlichen Prävention angemessene Rechnung.“ Das sagte Hans-Ulrich Benra, Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, am 22. April 2015 in Berlin. Benra war als Einzelsachverständiger zur Anhörung im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages zu dem „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention“ geladen.

Auf die Frage nach speziellen Präventionserfordernissen für besonders belastete Berufsgruppen im öffentlichen Dienst reagierte Benra unter anderem mit deutlicher Kritik am Personalabbau der vergangenen Jahre und den daraus folgenden körperlichen und psychischen Belastungen für die Beschäftigten. Auch in seiner Funktion als Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe F zur Demografiestrategie der Bundesregierung habe er sich insbesondere den Arbeitsschutz auf die Fahne geschrieben,

machte Benra deutlich. Der dbb setze sich seit Jahren wegen der durch ständig steigende Arbeitsbelastung hohen Krankenstände im öffentlichen Dienst und der prägnanten Wirkungen des demografischen Wandels verstärkt für ein systematisches und flächendeckendes betriebliches Gesundheitsmanagement in Behörden und Dienststellen ein. „Ich begrüße ausdrücklich, dass die Notwendigkeit, hier zu nachhaltigen Verbesserungen zu kommen,

inzwischen von der Bundesregierung erkannt wird", sagte Benra.

Positiv bewertete der dbb Vize auch Neuregelungen, wonach künftig besonders von Schichtarbeit belastete Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit haben, erleichtert auch wohnortferne Kuren in Anspruch zu nehmen.

„Damit setzt der Gesetzgeber eine langjährige Forderung des dbb nun um“, sagte Benra. „Dies wird zusätzlich einen Beitrag zu einer verbesserten Wirkung gesundheitlicher Prävention leisten, die aus unserer Sicht dringend erforderlich ist.“
(02/14/15)

„Die Unverzichtbaren“: dbb startet 2. Staffel der Nachwuchskampagne für den öffentlichen Dienst

(dbb) Der dbb hat am 20. April 2015 den Startschuss für die 2. Staffel der Nachwuchskampagne „Die Unverzichtbaren“ gegeben, die junge Menschen über den Arbeitgeber öffentlicher Dienst informiert. Fünf neue Gesichter - junge Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst - machen in den kommenden Monaten an rund 9.000 Schulen auf Plakaten und Postkarten Werbung für eine Karriere im öffentlichen Sektor und weisen auf das Internetportal zur Kampagne hin, das Informationen zu mehr als 100 Berufsprofilen und einen interaktiven Berufsfinder bietet.

In Videos und Blogs berichten die jungen Menschen über ihre Arbeit und ihre Motive für die Berufswahl. Auch im sozialen Netzwerk Facebook haben die Unverzichtbaren einen Account. Ein weiteres Element der Kampagne ist die Lehrermappe „Öffentlicher Dienst“ mit einer komplett aufbereiteten Unterrichtseinheit für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1 zum öffentlichen Sektor und seinen Berufen, die den Pädagogen bundesweit zur freien Nutzung angeboten wird.

„Deutschlands öffentlicher Dienst droht bei einem aktuellen Fehlbedarf von über 100.000 Fachkräften und mehr als 700.000 altersbedingt ausscheidenden Beschäftigten in den kommenden Jahren, seine Leistungsfähigkeit zu verlieren. Der demografische Wandel tut ein Übriges und erschwert die Nachwuchssuche zunehmend“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich des Staffelstarts.

„Deswegen müssen wir jetzt und auf breiter Front um qualifizierte und motivierte Talente kämpfen - sie sind ebenso unverzichtbar wie der öffentliche Dienst selbst.“

Der dbb als gewerkschaftlicher Dachverband des öffentlichen Dienstes übernehme mit den „Unverzichtbaren“ weiterhin Zukunftsverantwortung. „Die tolle Resonanz für unsere Kampagne bestärkt uns darin und ist zugleich Botschaft an Politik, Arbeitgeber und Dienstherren. Wir müssen handeln, um Deutschlands öffentlichen Dienst fit für künftige Herausforderungen zu machen und dafür zu sorgen, dass sich unser Land, unser Gemeinwesen und die Wirtschaft weiterhin auf diesen stabilen und modernen öffentlich Dienstleister verlassen können. Das geht nur mit klugen Köpfen, und um die müssen wir uns gemeinsam bemühen“, fordert dbb Chef Dauderstädt.
(03/14/15)

dbb Chef: Polizei braucht verlässliche Beschäftigungsbedingungen

(dbb) Damit sich auch in den kommenden Jahren genügend junge Leute für einen Beruf bei der Polizei interessieren, „gibt es noch eine Menge zu tun“. Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 20. April 2015 auf dem 24. Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) in Berlin unterstrichen.

In seinem Grußwort brachte Dauderstädt die Unterstützung des Dachverbandes für die DPoIG-Forderung zum Ausdruck, Personalengpässe dadurch zu entlasten, dass den Polizistinnen und Polizisten manche zeitaufwendigen

und nicht hoheitlichen Tätigkeiten von den Schultern genommen werden, etwa die Begleitung von Schwertransporten oder das Aufspüren von Fahrzeughaltern, die bei Rot eine Ampelkreuzung überfahren haben.

Zugleich seien verlässliche Beschäftigungsbedingungen bei der Polizei erforderlich. „Dazu gehören angemessene Bezahlung und kein legislatives Geschaukel mit der Absicherung sozialer Risiken. Wer sich verbeamten lässt, muss darauf vertrauen können, dass ihm eine sichere Beamtenversorgung im Alter und freie Heilfürsorge oder Beihilfe im Krankheits- oder Pflegefall zustehen. Wer als Tarifbeschäftigter zur Polizei geht, sollte sich nicht von Befristung zu Befristung hangeln müssen, sondern dauerhafte Berufsperspektiven bekommen“, forderte Dauderstädt und fügte hinzu: „Das mögen für manche Menschen 'Privilegien' sein. Aber der Bürger ist auch privilegiert, wenn Menschen unter Einsatz von Leib und Leben für seine Sicherheit eintreten und zugleich auf ein

Streikrecht verzichten.“ Dafür müsse der Staat seine Polizei anständig alimentieren. Notwendig seien auch Karriere- und Gestaltungsperspektiven, Beförderungen als Instrument zur Anerkennung beruflicher Leistungen und bessere Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Der dbb Chef gratulierte Rainer Wendt, der auf dem Bundeskongress mit großer Mehrheit erneut zum Bundesvorsitzenden der DPoIG gewählt worden war, und dankte allen Aktivisten der Gewerkschaft in Bund und Ländern für ihren Einsatz. Der Bundeskongress stand unter dem Motto „Sicherheit, Freiheit, Bürgerrechte - ohne uns läuft nichts“.
(04/14/15)

Bis zu mehrere Tausend Euro Unterschied bei Jahresbrutto: Kritik an bundesweiter Besoldungsdrift

(dbb) Die weiter zunehmende Besoldungsdrift bei den Einkommen der Beamtinnen und Beamten in Deutschland hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt kritisiert. Die Föderalisierung bei der Besoldung habe „zu großem Frust bei den Betroffenen geführt und gefährdet die gleichbleibend hohe Qualität öffentlicher Dienstleistungen in der Fläche“, warnte der dbb Chef in der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 17. April 2015) und forderte eine bundesweit einheitliche Beamtenvergütung.

Die Gehälter bei deutschen Beamten liegen immer weiter auseinander, berichtete das Blatt, egal in welcher Berufsgruppe. Die Unterschiede bei der Bezahlung innerhalb einer Gehaltsgruppe könnten mittlerweile bis zu 5.500 Euro im Jahr betragen, so die Zeitung. Die aktuellen Zahlen bestätigen die dbb-Daten zum fortschreitenden Auseinanderdriften der Beamtenbesoldung als Folge der Föderalisierung der Gesetzgebungskompetenz im Besoldungs- und Versorgungsrecht 2006. Die klare Tendenz: Sowohl der Zeitpunkt als auch die Höhe der Besoldungsanpassungen werden ebenso wie der jeweilige Geltungsbereich für die verschiedenen Besoldungsgruppen von Land zu Land unterschiedlich gehandhabt. So stellt sich die Lage auch aktuell nach den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst der Länder mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) Ende März und dem Land Hessen am 15. April 2015 uneinheitlich dar: Bislang haben nur Bayern, Hamburg, Sachsen und Rheinland-Pfalz

die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses im Arbeitnehmerbereich für ihre Beamten und Versorgungsempfänger angekündigt, Sachsen-Anhalt will zeitlich verzögert übernehmen. Alle anderen Länder haben bislang noch nicht entschieden bzw. bleiben bei ihren Ankündigungen, keine Eins-zu-eins-Übernahme zu realisieren.

„Dass Tarifergebnisse verzögert auf die Besoldung übertragen werden, ist für die Beamtinnen und Beamten allein schon ärgerlich. Mittlerweile ist aber ein grundsätzliches Problem entstanden, weil Besoldung und Versorgung je nach landespolitischer Situation individuell bemessen werden, etwa durch Deckelung oder Auslassung einzelner Gruppen. Das zerstört über kurz oder lang die ganze Systematik einer nach Anforderungen und Erfahrung gestaffelten Bezahlung im öffentlichen Dienst“, warnte der dbb Bundesvorsitzende Dauderstädt.
(05/14/15)

Bündnis für Koalitionsfreiheit: Symposium Tarifeinheit dbb Chef: Freie Gewerkschaften werden sich keinem staatlichen Einheitszwang unterwerfen

(dbb) „Freie Gewerkschaften werden sich keinem staatlichen Einheitszwang unterwerfen.“ Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 16. April 2015 beim Symposium Tarifeinheit des „Bündnis für Koalitionsfreiheit“ in Berlin mit Blick auf das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Tarifeinheit deutlich gemacht. Im „Bündnis für Koalitionsfreiheit“ haben sich dbb beamtenbund und tarifunion, Deutscher Journalisten-Verband, Marburger Bund und Vereinigung Cockpit zusammengeschlossen, um gegen das verfassungswidrige Vorhaben vorzugehen.

„Der Gesetzentwurf der Bundesregierung hätte das Licht der parlamentarischen Welt besser gar nicht erst erblickt“, sagte Dauderstädt und widersprach vehement den Argumenten der Tarifeinheits-Befürworter, denen zufolge die 2010 geänderte Bundesarbeitsgerichts-Rechtsprechung eine gesetzliche Regelung erforderlich mache. „In den vergangenen fünf Jahren sind eben nicht wie Pilze hunderte von neuen Gewerkschaften in Deutschland entstanden, haben Lokführer, Piloten, Amazon-Beschäftigte, Lehrer und Erzieher der Bundesrepublik im internationalen Benchmarking der Streikfreudigkeit eben keine Spitzenstellung eingenommen“, erläuterte der dbb Chef. Er verwies auch auf die „zahllosen Gutachten, Aufsätze und Artikel, in denen sich ausgewiesene Experten für Verfassungs-, Arbeits- und Tarifvertragsrecht angesichts der eindeutigen Grundgesetzwidrigkeiten gegen einen Eingriff in Koalitions- und weitere Grundrechte durch den Gesetzgeber ausgesprochen haben“.

Auch die Tatsache, dass die ursprüngliche Geschäftsgrundlage für die Gesetzespläne, ein

breiter Konsens der Sozialpartner basierend auf einem gemeinsamen Vorstoß von BDA und DGB, mittlerweile mehr als brüchig sei, sollte den Tarifeinheits-Verfechtern zu denken geben, fügte Dauderstädt hinzu: „Im DGB sind ver.di, GEW und NGG mit einer Unterschriftenaktion klar in Opposition gegangen, zum Vorschlag stehen erkennbar nur noch IG Metall und IG BCE, also nur ein Viertel der acht Mitgliedsgewerkschaften“, berichtete der dbb Bundesvorsitzende. Dauderstädts eindringlicher Appell an das Parlament: „Verehrter Bundestag, denke bitte darüber nach, wer für die heutigen Tarifstrukturen wesentlich verantwortlich ist, und fasse den Vater Staat als Arbeitgeber und Tarifpartner an der Nase, wenn er zuschaut, wie die Arbeitsbedingungen im eigenen Haus auseinanderdriften. Denn das ruiniert unsere Arbeitswelt viel schlimmer als die Rivalität zwischen uns Gewerkschaften.“

Weitere Informationen zur Tarifeinheit:
www.dbb.de/tarifeinheit
(06/14/15)

Hessen hält Anschluss: Durchschnittlich 4,87 Prozent Plus

(dbb) Auf Einkommenserhöhungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des hessischen Landesdienstes im Gesamtvolumen von durchschnittlich 4,87 Prozent für die kommenden 24 Monate haben sich Gewerkschaften und Landesregierung am 15. April 2015 in Dietzenbach geeinigt.

Zum 1. März 2015 steigen die Gehälter um zwei Prozent, zum 1. April 2016 werden sie um weitere 2,4 Prozent, mindestens aber 80 Euro (Mindestbetrags-Regelung bis einschließlich Entgeltgruppe 9, ab Entgeltgruppe 10 greift ausschließlich lineare Anpassung), erhöht. Auszubildende erhalten zu den genannten Stichtagen jeweils pauschal 30 Euro mehr, zudem gibt es für sie einen zusätzlichen Ur-

laubstag. Die bestehende Regelung zur Übernahme von Azubis wird verlängert.

„Wir haben einen schwierigen, aber vertretbaren Kompromiss erkämpft. Hessen hält damit im Arbeitnehmerbereich Anschluss an die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst der übrigen Bundesländer“, stellte dbb Verhandlungsführer Willi Russ nach Abschluss der Verhandlungen mit dem hessischen Innenmi-

nister Peter Beuth fest. „Jetzt gilt es, diesen Anschluss auch für die rund 115.000 Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten herzustellen. Wir gehen davon aus, dass sich der hessische Landtag als zuständiger Gesetzgeber seiner Verantwortung bewusst ist und eine zeitnahe Entscheidung zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Abschlusses auf die Beamten und Versorgungsempfänger treffen wird“, so Russ. Eine „hessische Billigbesoldung wäre ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen und würde dem Land insgesamt schaden“, warnte der dbb Vize.

Die Tarifparteien beschlossen in den Verhandlungen auch eine moderate Erhöhung des Arbeitnehmerbeitrags zur Zusatzversorgung, um diese zukunftsfest zu machen. „Einschnitte ins

Leistungsrecht haben wir ebenso wie in den übrigen Bundesländern verhindert“, zeigte sich der dbb Verhandlungsführer zufrieden.

Auch die hessische dbb Landesvorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker begrüßte die Tarifeinigung und unterstrich die Entschlossenheit des Landesbundes, eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Landes- und Kommunalbeamten zu erreichen: „Eine Abkopplung der Kolleginnen und Kollegen werden wir nicht hinnehmen“, machte Wiegand-Fleischhacker in Dietzenbach deutlich.

Weitere Informationen zur Einkommensrunde: www.dbb.de/einkommensrunde2015. (07/14/15)

Sozial- und Erziehungsdienst: Auch fünfte Verhandlungsrunde ergebnislos – Urabstimmung wird empfohlen

(dbb) Die Verhandlungen über bessere Beschäftigungsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst sind am 21. April 2015 in Offenbach erneut ergebnislos geblieben. „Die Arbeitgeber lehnen nach wie vor eine generelle Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst ab. Damit sind sie weit hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben – viel zu weit“, sagte dbb Verhandlungsführer Andreas Hemsing. „Somit gibt es vorerst keine Grundlage für weitere Gespräche. Die Verhandlungskommission empfiehlt den Gremien des dbb die Verhandlung für gescheitert zu erklären und eine Urabstimmung zu beschließen.“

Seit Februar haben der dbb und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) bereits bei fünf Terminen über eine bessere Wertschätzung der Arbeit im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes verhandelt. Im Kern geht es dabei um die verbesserte Zuordnung der einzelnen Berufsgruppen in der entsprechenden Entgelttabelle.

„Der Frust bei den Beschäftigten ist groß“, so Hemsing. „Wir werden aber weiterhin verant-

wortungsvoll handeln und die Auswirkungen unserer Arbeitskämpfmaßnahmen im Blick behalten. Dazu gehört, dass wir etwa Streiks in Kitas rechtzeitig ankündigen. Gute Leute verdienen gutes Geld. Daher hoffen wir auf die Unterstützung der betroffenen Menschen, die auf die qualifizierten Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen angewiesen sind.“ (08/14/15)

Girls‘ Day: Mehr weibliche Fachkräfte in technischen Berufen

(dbb) Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, hat anlässlich des diesjährigen Girls‘ Day-Mädchen-Zukunftstages am 23. April auf die Wirkung der Initiative hingewiesen: „Der Einsatz des öffentlichen Dienstes und der Unternehmen beim Girls‘ Day zeigt Wirkung: In den vergangenen Jahren hat es eine Steigerung der Anteile weiblicher Fachkräfte in technischen Berufen gegeben, insbesondere in Elektroberufen, im Flug- und Fahrzeugbau sowie im Maschinenbau.“ Allein in den Elektroberufen sei die Zahl der Absolventinnen seit 2006 um nahezu 50 Prozent gestiegen.

Die dbb bundesfrauenvertretung ist als Bündnispartnerin des Girls' Day-Mädchen-Zukunftstages aktiv. Wildfeuer: „Wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen und natürlich auch Jungen unabhängig von überkommenen Klischees frei in ihrer Berufswahl sind und sich entsprechend ihrer Neigungen entscheiden können. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Jugendlichen zunächst überhaupt mit verschiedensten Berufsbildern in Kontakt kommen, um eine Vorstellung für ihren Be-

rufsweg zu entwickeln. Hier hat sich der Girls' Day zu einem wahren Renner entwickelt.“

Im Fokus des Girls' Day stehen Berufe, in denen der Anteil der Frauen in Ausbildung und Anstellung bei weniger als 40 Prozent liegt. Diese finden sich vorwiegend im sogenannten MINT-Bereich: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Weitere Informationen unter www.girls-day.de.
(09/14/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB: Bayern setzt bei Besoldung bundesweit Maßstäbe

(dbb) „Damit setzt Bayern bundesweit Maßstäbe.“ Das sagte Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), zu der am 14. April 2015 vom Kabinett verabschiedeten Gesetzesinitiative der Staatsregierung zur Anpassung der Besoldung bayerischer Beamter und Versorgungsempfänger.

Mit dem Entwurf wird das Tarifergebnis, das am 28. März für die Arbeitnehmer der Länder (TV-L) erreicht wurde, auf die verbeamteten Beschäftigten übertragen. Zeitgleich soll auch eine Reihe von Maßnahmen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf den Gesetzgebungsweg gebracht werden.

„Von der Reaktionsschnelligkeit des bayerischen Finanzministers könnte sich so manch einer seiner Kollegen in anderen Bundesländern etwas abschauen“, sagte Habermann. Erneut habe Markus Söder unmittelbar nach Bekanntwerden des Tarifergebnisses die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in

Bayern zugesagt. Die Einigkeit, die sich bei der Umsetzung dieser Zusage in Kabinett und Landtag zeigt, kommt bei den Beschäftigten gut an. „Wir werten das als Anerkennung unserer tagtäglichen Arbeit“, so der BBB-Chef.

Dass gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, die die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben weiter voranbringen, sei ein zusätzlicher Pluspunkt. Dies sei auch ein „Gebot der Zeit“. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe habe der BBB die Neuerungen mit dem Finanzministerium erarbeitet. Der öffentliche Dienst in Bayern werde noch flexibler und sei für künftige Herausforderungen gerüstet.
(10/14/15)

Helmut Liebermann als Vorsitzender des tbb wiedergewählt

(dbb) Unter dem Motto „Für Thüringen – konkret vielschichtig unverzichtbar“ haben sich am 13. und 14. April 2015 mehr als 100 Delegierte aus ganz Thüringen zum 6. Gewerkschaftstag des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb) in Weimar-Legefefeld versammelt. Helmut Liebermann wurde für eine dritte Amtsperiode als Landesvorsitzender mit 95,2 Prozent der abgegebenen Stimmen bestätigt. Er bedankte sich für das Vertrauen und sagte, auch unter neuen politischen Konstellationen in Thüringen müsse sich der tbb weiterhin als schlagkräftige und effiziente Vertretung der Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst erweisen.

Zu Stellvertretern Liebermanns wurden Mareike Klostermann, Andreas Schiene, Birgit Driechmann und Frank Schönborn sowie Uwe Köhler zum Schatzmeister gewählt. Zum öffentlichen Teil des Gewerkschaftstages am 14. April 2015 konnte Liebermann zahlreiche Ehrengäste begrüßen. Neben dem Oberbürgermeister der Stadt Weimar, Stefan Wolf, alle Vorsitzenden der fünf im Landtag vertretenen Fraktionen, Mike Mohring (CDU), Susanne Hennig-Wellsow (Die Linke), Matthias Hey (SPD), Björn Höcke (AfD) und Dirk Adams (B'90/Grüne). Sie richteten Grußworte an die Teilnehmer des Gewerkschaftstages. Der Thü-

ringer Ministerpräsident Bodo Ramelow und der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt nahmen in kurzen Ansprachen Stellung zu aktuellen politischen Themen. Der dbb Chef sicherte den Kolleginnen und Kollegen in Thüringen unter anderem die volle Unterstützung des Dachverbandes im Kampf um die Angleichung der Bedingungen für die Beamten in Ost und West zu. Im Anschluss wurde über die gestellten Anträge beraten und abgestimmt, die die Arbeitsgrundlage der tbb Landesleitung für die kommende Legislaturperiode von fünf Jahren bilden.
(11/14/15)

BBW verärgert: Land verschiebt für Großteil der Beamten erneut Anhebung der Gehälter

(dbb) Baden Württemberg lässt den Großteil seiner Beamten erneut auf die Anpassung von Besoldung und Versorgung warten. Betroffen sind Beamte des gehobenen und höheren Dienstes. Für sie wird der Tarifabschluss TV-L 2015/2016 lediglich inhaltsgleich übernommen. Nur Beamte bis Besoldungsgruppe A 9 erhalten die höheren Bezüge auch zeitgleich. Darauf habe sich die Landesregierung verständigt, erklärten Ministerpräsident Winfried Kretschmann und sein Vize, Finanzminister Nils Schmid am 21. April 2015 im Gespräch mit Spitzenvertretern des BBW.

BBW-Chef Volker Stich reagierte verärgert: Die Beamten hätten bei der Landtagswahl 2011 Grün-Rot mit in den Sattel gehoben – mit einer Wiederholung 2016 sei bestimmt nicht mehr zu rechnen. Der Regierungschef und der Finanzminister sprachen von einem „fairen Kompromiss in schwierigen Zeiten“.

Stich, der auch dbb Vize ist, warf hingegen der Landesregierung vor, dass sie einen Großteil der Beamten selbst in wirtschaftlich guten Zeiten von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkopple. Die Betroffenen empfinden dies als mangelnde Wertschätzung. Zugleich verwies Stich auf die Nachbarländer Bayern und Rheinland-Pfalz die das Tarifergebnis 2015/2016 für den Arbeitnehmerbereich der Länder zeit- und inhaltsgleich auf ihre Beamten und Pensionäre übertragen. Mit Ausnahme von Hessen

behandle jedes andere Bundesland seine Beamten besser als Baden-Württemberg, das die Anhebung der Gehälter für Beamte der Besoldungsgruppen A 10 und A 11 um vier Monate und ab Besoldungsgruppe A 12 um acht Monate verschiebe. Lediglich bis einschließlich Besoldungsgruppe A 9 werde das Tarifergebnis nicht nur inhalts- sondern auch zeitgleich übertragen.

Der BBW werde jetzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung der Richter abwarten, das am 5. Mai 2015 erwartet wird, so Stich. Wenn der Spruch der Karlsruher Richter auch bezüglich der Praxis des Landes bei der aktuellen und den zurückliegenden Anpassungen von Besoldung und Versorgung Aussicht auf Erfolg verspricht, werde der BBW ein Klage prüfen.
(12/14/15)

dbb schleswig–holstein zu Besoldungsplänen der Landesregierung: Nicht sachgerecht

(dbb) Die schleswig-holsteinische Finanzministerin Monika Heinold hat dem Landesbund des dbb erste konkrete Vorschläge zum Umgang mit dem Tarifabschluss im Beamtenbereich vorgelegt.

Vorgesehen ist eine analoge Übertragung der Einkommenssteigerung – diese jedoch mit einer zeitlichen Verzögerung von drei Monaten in den Jahren 2015 und 2016, also jeweils zum 1. Juni. Begründet wird dies mit einer strukturellen Haushaltslücke von 25 Millionen Euro im Jahr 2017.

Dazu erklärte die schleswig-holsteinische dbb-Chefin Anke Schwitzer am 23. April 2015: „Die Vorstellungen der Finanzministerin sind für uns nicht sachgerecht. Durch eine Eins-zu-eins-

Übertragung werden die Haushaltsansätze des Landes nur in geringfügigem Maße in den Jahren 2015 und 2016 überstiegen. Eine volle Übertragung des Tarifabschlusses ist also durchaus machbar, wenn man es nur will. Und das hat am Ende auch etwas mit Wertschätzung des eigenen Personals zu tun.“ Der dbb schleswig-holstein gehe daher weiterhin mit der Forderung nach einer Eins-zu-eins-Übertragung in das nächste geplante Gespräch.

(13/14/15)

dbb saar fordert Übernahme des Tarifergebnisses

(dbb) In einem Schreiben an die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat der dbb saar seine Forderung unterstrichen, das lineare Tarifergebnis auf die Beamten zu übertragen. Für den 19. Mai 2015 hat die Landesregierung zu einem Spitzengespräch über Beamtenbesoldung eingeladen.

Damit werde der Weg der größtmöglichen Einbeziehung der Gewerkschaften, den die saarländische Landesregierung bislang bei den Verhandlungen über die Zukunft des öffentlichen Dienstes gegangen ist, fortgesetzt, konstatierte der dbb saar. Dies habe der Minister-rat am 13. April 2015 beschlossen.

Vorausgegangen war der Brief des dbb saar an die Ministerpräsidentin, in dem die Erwartungen und Interessen der saarländischen Beam-

tinnen und Beamten zur bevorstehenden Besoldungsanpassung formuliert worden waren. In ihrem Antwortschreiben erklärte Kramp-Karrenbauer, die Landesregierung vertraue auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, um einerseits die Herausforderungen der Schuldenbremse stemmen zu können, aber andererseits den Belangen der saarländischen Beamtinnen und Beamten gerecht zu werden.

(14/14/15)

dbb bremen stimmt Kompromiss zur Beamtenbesoldung zu

(dbb) Der dbb bremen hat dem Kompromiss zur Beamtenbesoldung zugestimmt. In einem Gespräch am 14. April 2015 zwischen den Senatsvertretern Bürgermeister Jens Böhrnsen und Finanzsenatorin Karoline Linnert sowie den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden wurde vom Senat die inhaltsgleiche Übernahme des Tarifvertrages für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder angeboten.

Trotz der Bedenken wegen der zeitlichen Verzögerung der Übertragung um vier Monate begrüßte der dbb bremen dieses Angebot. Nach den Problemen der vergangenen Jahre bei der Beamtenbesoldung seien „hier doch positive Signale zu erkennen“.

Das Ergebnis bedeutet eine Erhöhung der Besoldung und Versorgung zum 1. Juli 2015 um 2,1 Prozent und zum 1. Juli 2016 um weitere 2,3 Prozent, mindestens aber 75 Euro.

(15/14/15)

DPolG-Bundeskongress: Rainer Wendt erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt

(dbb) Mit großer Mehrheit ist Rainer Wendt am 20. April 2015 von den Delegierten des DPolG-Bundeskongresses in Berlin erneut zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) gewählt worden.

Zu seinem ersten Stellvertreter wurde Joachim Lenders, zu weiteren Stellvertretern wurden Michael Hinrichsen, Ralf Kusterer, Wolfgang Ladebeck sowie Ernst G. Walter gewählt.

Als einen Schwerpunkt der künftigen Gewerkschaftsarbeit führte Wendt die Personalsituation der Polizei in Bund und Ländern an. Die DPolG werde konkrete Vorschläge unterbreiten für einen sinnvolleren Personaleinsatz sowie zur Entlastung der Polizei von bestimmten Aufgaben. Der Polizeiberuf müsse wieder zum Traumberuf werden, sagte Wendt: „Für viele junge Menschen ist der Beruf des Polizisten ein Traumberuf und sie haben Recht. Aber für viele ist er auch zum Albtraum geworden, und das müssen wir wieder ändern. Natürlich muss der Gesetzgeber mit guten Gesetzen, angemessener Besoldung und Ausrüstung und aus-

reichender Personalausstattung dafür sorgen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen wieder Respekt und Anerkennung spüren.“

Themen des zweitägigen Bundeskongresses, der unter dem Motto „Sicherheit, Freiheit, Bürgerrechte – Ohne uns läuft nichts“ stand, waren auch die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung und der Umgang mit der Flüchtlingssituation.

Auf der öffentlichen Veranstaltung im Rahmen des Kongresses bezeichnete Bundesinnenminister Thomas de Maizière vor den rund 300 Delegierten Sicherheit als harte Arbeit. Am Gewaltmonopol des Staates dürfe es keinen Zweifel geben, so der Minister.
(16/14/15)

Flüchtlingsströme: VBOB fordert Personalaufstockung im Bundesamt für Migration

(dbb) Angesichts der wachsenden Flüchtlingsströme schlagen die Personalräte des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden im dbb (VBOB) Alarm. Die dramatisch ansteigenden Flüchtlingszahlen - 2015 wird mit mindestens 300.000 Asylbewerbern gerechnet - stellen die rund 2.100 Beschäftigten vor unlösbare Aufgaben, erklärte der VBOB am 23. April 2015.

„Das Amt in Nürnberg und die bereits existierenden Außenstellen sind völlig überlastet. Das Ziel der Koalitionsvereinbarung, Asylanträge in drei Monaten zu entscheiden, ist nicht erreichbar. Auch der Aufbau von 20 zusätzlichen Außenstellen in zahlreichen Bundesländern, die damit verbundene Lösung von logistischen, personellen, organisatorischen und informationstechnischen Problemen ist in der von der Bundesregierung erwarteten Zeit nicht möglich“, heißt es in der VBOB-Mitteilung. Ohne drastische Verstärkungen in der zurzeit am stärksten wachsenden öffentlichen Aufgabe, werde die deutsche Asylpolitik scheitern. Auch mit bereits beschlossenen zusätzlichem Personal sei die augenblickliche Herkulesaufgabe nicht zu bewältigen.

Der VBOB fordert eine schnellstmögliche Personalverstärkung „im vierstelligen Bereich“. Die Personalstärke des BAMF liege noch weiter unter den asylstarken Jahren 1992/93 mit damals über 4.000 Beschäftigten. „Die Dienststellen werden überschwemmt. Deutliche Bearbeitungsverbesserungen in den vergangenen Monaten werden konterkariert durch steil ansteigende Bewerberzahlen“, kommentierte Hartwig Schmitt-Königsberg, Bundesvorsitzender des VBOB, die Lage. Bereits in den vergangenen Jahren mussten die schnell wachsenden Aufgaben ohne nennenswerte Personalverstärkung erledigt werden. 2008 gab es 28.018 Asylanträge, 2011 waren es bereits 77.651, 2013 - 127.023, 2014 - 202.834 Anträge. Personalumschichtungen aus anderen Aufgabenbereichen oder befristete Einstellun-

gen durch Personal ohne gründliche Einarbeitung und ohne die notwendige Erfahrung in der Bearbeitung von Asylanträgen, seien als Tropfen auf dem heißen Stein zu werten, der sich für eine grundlegende Kurskorrektur nicht eigne.

Die derzeitige Entwicklung überrolle alle Planungen. „Da kann man resignieren“, so Schmitt-Königsberg. Ende März waren noch knapp 200.000 Verfahren anhängig, das ist

eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr. Im März gab es über 32.000 Erstanträge, ein Plus von 184 Prozent gegenüber dem März des vergangenen Jahres. „Ein Ende der Steilkurve ist angesichts der politischen Entwicklungen in den Herkunftsländern nicht absehbar. Die für 2016 im Bundeshaushalt vorgesehenen rund 1.400 Stellen werden vom VBOB begrüßt. Aber sie kommen zu spät und lösen die Probleme dieses Jahres in keiner Weise.“
(17/14/15)

DSTG-Vorsitzender im Dialog mit CDA-Bundesvize

(dbb) Der öffentliche Dienst und insbesondere die Finanzverwaltung, der als Einnahmeverwaltung in einem geordneten Staatswesen eine zentrale Bedeutung zukomme, sind wesentliche Standortfaktoren in Deutschland. Darüber waren sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Ralf Brauksiepe (CDU), und der DSTG-Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler bei einem Meinungsaustausch am 7. April 2015 in Berlin einig. Brauksiepe ist auch Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung sowie Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft CDA/dbb.

Ein geordneter und gleichmäßiger Steuervollzug diene sowohl der rechtsstaatlich gebotenen Einnahmenerhebung, es gehe andererseits aber auch um die Schaffung gleichmäßiger Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft, so die Gesprächspartner. Steuergerechtigkeit sei über den Gleichheitssatz des Grundgesetzes sei ein wichtiges Verfassungsziel und könne daher nicht ins Belieben der Haushaltspolitik gestellt werden. Viele Beschäftigten in der

Finanzverwaltung fühlten sich bei ihrem Dienst für Staat und Gesellschaft oft allein gelassen.

Eigenthaler brachte in dem Gespräch erneut seine Kritik an dem Tarifeinheitsgesetz zum Ausdruck. Dieses Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung bezwecke vor allem, kleinere Gewerkschaften in der Ausübung ihrer Rechte zu beeinträchtigen.
(18/14/15)

GDL bestreikt Personen- und Güterverkehr der Deutschen Bahn

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat das Zugpersonal in den Eisenbahnverkehrsunternehmen der Deutschen Bahn erneut bundesweit zum Arbeitskampf aufgerufen. Der Streik begann im Personenverkehr am 22. April 2015 um 2 Uhr und sollte am 23. April um 21 Uhr enden. Der Streik im Personenverkehr dauert somit 43 Stunden. Der Güterverkehr wird vom 21. April um 15 Uhr bis zum 24. April um 9 Uhr bestreikt (66 Stunden).

Auch nach 16 Tarifrunden fehlen immer noch Ergebnisse in zentralen Fragen, erklärte die GDL am 20. April 2015. „Immer wieder behauptet die DB, sie müsse prüfen und bewerten, macht zuerst Zugeständnisse und dann wieder eine Rolle rückwärts. Das Zugpersonal braucht aber dringend eine Senkung der Belastung. Die Überstunden müssen begrenzt, Ruhetagsregelungen verbessert und die Wochenarbeitszeit gesenkt werden. Und schließ-

lich steht noch eine Entgelterhöhung auf dem Programm“, heißt es in der GDL-Mittlung.

Außerdem wolle die DB die Spaltung der Lokomotivführer mit aller Macht aufrechterhalten. Dazu erklärte der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky: „Die DB versucht uns zu zwingen, die Lokrangierführer als billigen Jakob im Tarifvertrag zu verankern.“ Seit Jahren verlagere die DB Arbeitsplätze der Loko-

motivführer auf Lokrangierführer. „Diese Kollegen machen die gleiche Arbeit, werden aber deutlich schlechter bezahlt und haben viel schlechtere Arbeitszeitregelungen. Dieselbe DB, die sich als Saubermann für einheitliche Beschäftigungsbedingungen präsentiert, will die unternehmensinterne Lohnrückerei fortsetzen“, so Weselsky. „Wo kein Wille ist, ist

kein Weg.“ Deshalb bleibe der GDL wieder nichts anderes übrig, als das Ultima-Ratio-Mittel Arbeitskampf. „Die DB lamentiert zwar über die teuren Streiks. Ein Tarifabschluss, selbst wenn die GDL-Forderungen zu 100 Prozent erfüllt würden, wäre wesentlich billiger.“ (19/14/15)

Weitere Warnstreiks bei der Deutschen Post

(dbb) „Die Deutsche Post hat offensichtlich immer noch nicht verstanden, dass ihre Zusteller vor Überlastung geschützt werden müssen. Mit unseren Streiks wollen wir den Druck auf den Arbeitgeber erhöhen, jetzt endlich konkret über den von uns geforderten Bemessungstarifvertrag und eine Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln.“ Mit diesen Worten begründete der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, am 17. April 2015 die Durchführung weiterer Warnstreiks.

Bereits am Vortag waren Zusteller in der Briefniederlassung Berlin Zentrum dem Streikaufruf der DPVKOM gefolgt. In den Folgetagen kam es zu weiteren regionalen Arbeitsniederlegungen im Bereich der Zustellung. Zahlreiche Menschen mussten deshalb erneut länger auf ihre Briefe und Pakete warten. Schon Anfang April hatte die DPVKOM regionale Warnstreiks durchgeführt.

Die DPVKOM fordert in der laufenden Tarifrunde den Abschluss eines Bemessungstarifvertrages und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Mit dem Bemessungstarifver-

trag sollen die mehr als 85.000 Brief- und Verbundzusteller wirksam vor einer zu hohen Arbeitsbelastung geschützt werden, indem die Arbeitsmenge gerechter verteilt wird.

„Viele Zusteller gehen mittlerweile auf dem Zahnfleisch und werden krank, weil sie das Arbeitsaufkommen in der dafür vorgesehenen Zeit nicht mehr bewältigen können. Ein Krankenstand im Unternehmensbereich Brief von mittlerweile knapp zehn Prozent ist viel zu hoch und zeigt, dass hier dringend ein tarifvertraglicher Schutz vor Überlastung eingeführt werden muss“, so Volker Geyer. (20/14/15)

BLBS für „Stopp des Akademisierungswahns“

(dbb) Bundesweit sind zwischen Oktober 2013 und September 2014 rund 1,4 Prozent weniger Lehrverträge abgeschlossen worden als im Vorjahr. Das geht aus dem Berufsbildungsbericht 2015 hervor. Die Zahl der unversorgten Bewerber sei gestiegen und die Zahl der unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen habe einen Höchststand erreicht, stellte der BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen) dazu am 17. April 2015 fest.

„Der Berufsbildungsbericht 2015 macht damit deutlich, dass der Akademisierungswahn gestoppt werden muss und die Betriebe auch Ausbildungssuchenden mit schwachem Schulabschluss eine Chance auf dem Ausbildungsmarkt geben sollen“, sagte Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des BLBS.

Der BLBS begrüße, dass die Bundesregierung bis 2018 insgesamt 1,3 Milliarden Euro bereitstellen will, um die betriebliche Ausbildung

anzukurbeln. „Wir fordern aber auch, dass die beruflichen Schulen als gleichwertiger Dualpartner berücksichtigt werden, um eine Verbesserung der personellen und sächlichen Ausstattung vornehmen und auch die Berufsschulen im ländlichen Raum erhalten zu können“, so Straubinger. (21/14/15)

Realschulen für Deckung des Fachkräftebedarfs unverzichtbar

(dbb) Rückenwind für die Realschulen in Bayern und Baden-Württemberg: Wie eine aktuelle Forsa-Umfrage belegt, halten 89 Prozent der Befragten die Schulbildung an Realschulen für „wichtig“ (41 Prozent) oder sogar „sehr wichtig“ (48 Prozent), um dem wachsenden Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen.

Dies ist eines der Ergebnisse, das am 17. April 2015 beim Zweiten Süddeutschen Realschultag in Ulm diskutiert wurde. Er stand unter dem Motto „Realschule – die Fachkräfte der Zukunft“. Organisatoren der Tagung waren der bayerische und der baden-württembergische Realschullehrerverband sowie der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR).

Im Vorfeld des Kongresses wurden in einer repräsentativen Forsa-Studie über 1.000 Personen in Bayern und Baden-Württemberg zum Thema Fachkräftesicherung und Schulbildung befragt. Betrachtet man die weiteren Umfrageergebnisse, werden die Gründe für die hohe Zustimmung zur Realschulbildung deutlich: Gefragt nach der Bedeutsamkeit, Theorie und Praxis im Schulunterricht zu verknüpfen, hielt die weit überwiegende Mehrheit der Befragten diese Verbindung für „sehr wichtig“ (50 Pro-

zent) bzw. „wichtig“ (40 Prozent). Zudem gaben 95 Prozent der Befragten an, dass die Vorbereitung auf das Berufsleben eine der wichtigsten Aufgaben der Schule ist.

Der VDR-Vorsitzende Jürgen Böhm wertete die Umfrageergebnisse als ein „überwältigendes Signal“ pro Realschule: „Wir sind überzeugt, dass der Schlüssel für die wirtschaftliche Stärke des Südens nicht zuletzt in der qualitativ hohen Ausbildung in den Schulen liegt. An den Realschulen erwerben die Jugendlichen fundiertes theoretisches Wissen, das immer den Bezug zur Lebenswirklichkeit behält. Zudem gibt es umfangreiche Angebote, um sich entsprechend eigener Interessen individuell weiterzuentwickeln. So bilden wir die Fachkräfte von morgen aus.“

(22/14/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Nachdem bis zum 10. April 2015 zunächst Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz angekündigt hatten, die Einigung für die 800.000 Tarifbeschäftigten der Länder eins zu eins auf die Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen, mahnte der dbb die anderen Länder, diesen guten Beispielen zu folgen. „Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn dem Kabinett in der nächsten Woche eine Übernahme der Tarifierhöhung vorschlagen will - wenn auch - leider ein 'Haar in der Suppe' - mit einer zeitlichen Verzögerung der Besoldungserhöhung um drei Monate“, sagte **Hans-Ulrich Benra**, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb. Er erinnerte auch den sächsischen Finanzminister Georg Unland an dessen Zusicherung, dem Kabinett die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger im Freistaat vorzuschlagen. „Das sind die Signale, die die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen von der Politik erwarten: Zügige Gesetzgebungsverfahren, damit auch sie an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben können.“

Dass es einen Tag, bevor Thüringens Finanzministerin Heike Taubert im Kabinett den ersten Entwurf für den Landeshaushalt 2015 präsentieren wollte, noch keine Aussagen zur Übertragung des Tarifabschlusses für die Länderbeschäftigten auf die Thüringer Beamtinnen und Beamten gab, ist beim tbb beamtenbund und tarifunion thüringen auf Kritik gestoßen. „Wir sind sehr enttäuscht über die fehlende Aussage dieser Landesregierung“, sagte **Helmut Liebermann**, Vorsitzender des tbb, am 20. April 2015, während eines Gesprächs mit der Finanzministerin. Er hatte die „zeit- und inhaltsgleiche Übertragung“ des Tarifabschlusses auf die Beamten erneut eingefordert. Die Vertreter des tbb brachten ihr Unverständnis zum Ausdruck, dass die Finanzministerin noch mehr Zeit für eine Entscheidung benötige. „Die Haushaltssituation wird sich in absehbarer Zeit ebenso wenig ändern wie die Entscheidungsgrundlagen“, argumentierte Liebermann.

Lob und Tadel für den neuen Hamburger Koalitionsvertrag hat der dbb hamburg am 9. April 2015 zum Ausdruck gebracht. Auf den 115 Seiten sein „viel SPD- und wenig Grüne-Handschrift zu erkennen“, stellte der Landesvorsitzende **Rudolf Klüver** fest. Zu begrüßen

seien Absichtserklärungen unter anderem zu verstärkter Ausbildung in der Steuerverwaltung, zur personellen Verstärkung der frühkindlichen Betreuung und zur Minderung der Arbeitsbelastung in der Justiz. Auf Ablehnung des dbb hamburg treffe unter anderem die Androhung weiterer Sparprogramme für den Fall, dass die Verwaltung „nicht effizient genug“ arbeite.

Der Vorsitzende des DBB NRW **Roland Stau-de** hat am 22. April 2015 die Vorsitzenden der Kreis- und Stadtverbände in der neuen Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf begrüßt und ihnen für die engagierte Arbeit "an der Basis" gedankt. Vor allem die Gespräche mit Politikern aus den örtlichen Parteivorständen sowie dem Kommunal- oder Landesparlament helfen dem Landesvorstand bei der Umsetzung einiger politischer Forderungen, machte Stau-de deutlich. „Schließlich müssen im demokratischen Prozess immer Mehrheiten gewonnen werden. Und wenn beispielsweise die Landtagsabgeordneten in ihrem Wahlbezirk von den Kolleginnen und Kollegen der Kreis- und Stadtverbände ‚vorinformiert‘ sind, kann das uns nur recht sein.“

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, **Dieter Dewes**, hat darauf hingewiesen, dass dem Zoll zur Kontrolle des gesetzlichen Mindestlohns Personal fehlt. Die 1.600 bewilligten Stellen seien zu wenig, sagte Dewes dem Bonner „General-Anzeiger“ (Ausgabe vom 22. April 2015). Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns seien einige Branchen hinzugekommen. Die Zahl der bewilligten Stellen basiere auf einer zu geringen Annahme der zu prüfenden Beschäftigungsverhältnisse. „Wir brauchen 2.500 zusätzliche Planstellen“, sagte Dewes der Zeitung. „Nicht vergessen darf man dabei, dass die Ausbildung der neuen Kolleginnen und Kollegen zwei bis drei Jahre dauern wird. Außerdem gibt es Übergangsfristen bei der Zahlung des Mindestlohns bis 2017. Klar ist aber: So lange der Zoll nicht die 2.500-Mann-Verstärkung hat, kann die Kontrolldichte nicht so groß sein, wie wir sie uns wünschen.“

Um die Erfolgsquote der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen in Deutschland zu erhöhen und das Sicherheitsgefühl der Bürger zu verbessern, fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) neue Ermittlungsmethoden. „Es gibt die Möglichkeit, durch Auswertung polizeilicher Falldateien das Verhalten der Täter vo-

rauszusehen“, sagte der DPoIG-Vorsitzende **Rainer Wendt** am 21. April 2015 dem TV-Sender Phoenix. Wenn man das noch weiterentwickle, wie es in Nordrhein-Westfalen geplant sei, und andere soziographische Daten in das System einspeise, dann habe man „eine hohe Wahrscheinlichkeit der Vorhersage. Und das erzielt dann generalpräventive Wirkung, wenn die Täter damit rechnen müssen, auch gefasst zu werden“, so Wendt.

Wichtige Themen aus dem Justizbereich hat die Bundesleitung der Deutschen Justizgewerkschaft (**DJG**) bei einem Gespräch am 23. März 2015 im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Berlin mit Staatssekretärin Stefanie Hubig und weiteren Experten erörtert. Dabei ging es unter anderem um die Situation der Führungsaufsichten in den Ländern, die bundesweite Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, die Situation des mittleren Dienstes, die Überbelastung der Sozialgerichtsbarkeit durch die „Hartz-IV-Klagewelle“ sowie die Sicherheitsprobleme im Umgang mit radikalen Gruppen und Gruppierungen in den Gerichten.

Am 20. April 2015 hat sich der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), **Wolfram Kamm**, mit Julia Obermeier, MdB getroffen. Gesprächsthema war unter anderem das Attraktivitätsgesetz und Möglichkeiten, wie doch noch Verbesserungen für die zivilen Kolleginnen und Kollegen erreicht werden können, beispielsweise die dringend notwendige Erhöhung der Bundeswehrfeuerwehruzulage. Ferner ging es um die Bündelung der Dienstposten im gehobenen Dienst - auch unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Attraktivität des Dienstes. In diesem Zusammenhang wurde auch die Problematik der unbesetzten Dienstposten (gehobener technischer Dienst und Bundeswehrfeuerwehr) angesprochen. Kamm appellierte an die Politik, auch die Probleme in der Bundeswehrverwaltung in den Fokus zu nehmen. Dass dies derzeit nicht der Fall ist, habe das Attraktivitätsgesetz anschaulich gezeigt.

Im Rahmen seiner Präsidiumssitzung am 23. April 2015 in Berlin richtet der Bund Deutscher Rechtspfleger (**BDR**) das BDRhauptstadtForum 2015 aus. Die Podiumsdiskussion wird sich mit dem Thema „Worauf kann ich mich noch verlassen? Standortvorteil ‚öffentlicher Glaube‘ in Gefahr“ befassen. Das Thema zielt auf den

öffentlichen Glauben der Eintragungen in deutschen Grundbüchern und Registern, teilte der BDR mit. Dies bedeute, dass jeder Mensch sich auf die Richtigkeit der Eintragungen verlassen kann. Dadurch entstehe ein immenser Standortvorteil für die deutsche Wirtschaft, die auf verlässliche rechtliche Bedingungen angewiesen ist. Durch europäische Entwicklungen gerate dieses Privileg nun in Gefahr, so der BDR.

Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche junge Menschen eine Ausbildung im öffentlichen Dienst antreten oder in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf übernommen. Egal, ob im Tarifbereich oder als Beamte auf Widerruf - gerade zu Beginn dieses neuen Lebensabschnittes ist es für den **dbb** wichtig, sich zu

präsentieren und dabei Sachkompetenz als gewerkschaftlicher Dienstleister zu zeigen. Der dbb hat deshalb in den vergangenen Jahren für diese neuen Kolleginnen und Kollegen die Broschüren „START – Ausbildung im öffentlichen Dienst“ und „START für den Beamtenbereich“ herausgebracht. Beide Broschüren bieten vor allem Übersichten über Rechte und Pflichten der Auszubildenden bzw. Anwärter/innen, zur gewerkschaftlichen Arbeit mit und für Auszubildende bzw. Anwärter/innen, zu Abschlussprüfung bzw. Laufbahnprüfung. Aufgrund der großen Resonanz stellt der dbb auch in diesem Jahr sowohl für den Tarif- als auch für den Beamtenbereich wieder aktualisierte Broschüren kostenlos zur Verfügung. (23/14/15)

Termine zum Vormerken:

3. Forum Behindertenpolitik

„Teilhabe in der Kommune – Nichts liegt näher?“
Berlin, 28. - 29. April 2015

11. dbb bundesfrauenkongress

„Erfolgsfaktor Zukunft: Frauen und Männer – gemeinsam stark!“
Potsdam, 8. - 9. Mai 2015